



bedachten, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit mit der katholischen Weltanschauung. Die Bewegung der christlichen Arbeiter hat einen Punkt erreicht, der dem Zentrum gefährlich zu werden droht.

Die Differenzen gehen weiter: Die wichtigen politischen Entscheidungen innerhalb der Zentrumspartei liegen noch bevor. Sie gehen nicht um die Wahlparole, nicht um Worte von Manifessen, sondern um die Auswägung von Einfluß und Macht innerhalb des Zentrums. Von der Zusammenlegung der katholischen Reichstagsfraktion des Zentrums wird die Politik des Zentrums im kommenden Reichstag abhängen. Während Herr Siegemund und Herr Amsharov in der Debatte gegen Herrn Marx und die Politik der Zentrumsfraction angehen, arbeiten ihre Gegenkräfte im Geheimen. Der katholische Schachal regt sich. Sein Führer, der Vorsitzende des Deutschen Schachalenges, Fürst zu Sagan, hat die Parteiausführung des Zentrums vom 29. Januar bezeugt. Er ist ein entschiedener Vertreter des Gebotens, daß die Macht des katholischen Wels in der Zentrumsfraction verliert werden müsse. Herr Marx, der Reichskanzler, hat niemals den Behauptungen widerprochen, daß er die Verschärfung dieses Gebotens zugelassen habe. Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet die katholische Zentrumspresse, die dem Einfluß des katholischen Wels unterliegt, den Kampf für Marx gegen Siegemund und Amsharov am heftigsten geführt hat. Mit dem katholischen Wels regt sich das hohe Beamtentum. Die Pläne, den des Separatismus beschuldigten Einigungsminister Brücker, Bonn als Zentrumsumgeordnet in den Reichstag zu bringen, lassen Absichten und Stärke der reaktionären Tendenzen im Zentrum erkennen.

Und die Zentrumswahl? Der „Deutsche“ des Herrn Siegemund fordert Stärkung ihres Einflusses. Er schreibt: „Am übrigen geben wir die Zentrumswahlverfahren den Rat, durch rege Mitarbeit in allen öffentlichen Parteiveranstaltungen, die dem Reichstag zu machen, wie stark die Arbeitslosigkeit ist.“ Herr Amsharov redet stark. Aber was haben die Vertreter der Zentrumswahlverfahren bisher praktisch erreicht? Ein Stück bedrucktes Papier. Was werden sie erreichen? Wahlversprechungen! Die anderen aber — die Mandate. Was will heißen, die Entscheidung, den Einfluß auf den kommenden Reichstag, die Wahlposition im sozialen Kampf. Die Zentrumswahlverfahren werden wahrscheinlich wieder weitere vier Jahre lang das Rad drehen haben.

### Mieter gegen Bürgerblock.

Berlin, 7. Februar. (Eg.) Anlässlich der heute im Reichstag beginnenden Beratungen über den Mieterblock veranlaßte die Dringensgruppe des Reichstages den Ausschuss für die Unterbringung der Arbeitslosen der freien Gewerkschaften am Montag abend in Berlin eine öffentliche Kundgebung. Am Verlauf seiner Ausführungen stellte der Vorsitzende des Reichstages Deutscher Mieter fest, daß heute alle bürgerlichen Parteien dem geforderten Mieterblock ablehnend gegenüberstehen, trotzdem z. B. allein in Berlin 165 000 Wohnungen fehlen. Der zweite Redner, Landtagsabgeordneter Drigemüller, erklärte, daß sich die Hausinspektoren mehr als eine Besteuerung der Mieter erweise. Die Erhebungen der Stadt Kiel und anderer großer Städte hätten z. B. ergeben, daß die Veranlagung des Hausbesitzes zur Hausinspektoren auf der Grundlage der vorläufigen Steuer zum Grundvermögen zu einer unerschwinglichen Bereicherung des Hausbesitzes auf Kosten der Arbeitslosigkeit führe. Nach vorläufigen Schätzungen würden auf diese Weise allein in Berlin jährlich mindestens 80 Millionen Reichsmark dem Wohnungsbau entzogen. Die außergewöhnlich stark besetzte Versammlung nahm zum Schluß der Kundgebung zwei Protestentscheidungen gegen die Politik des Bürgerblocks an und erklärte allen mieterfeindlichen Parteien im Wahlkampf die härteste Gegnerschaft.

### Neue Regierung in Sessen.

Darmstadt, 7. Februar. (Eg. Frankfurt.) Die Verhandlungen über die Neubildung der Hessischen Regierung sind nunmehr so gut wie abgeschlossen. Die Wahl des Kabinetts erfolgt jedoch erst, nachdem die Demokraten in einer Landesparlamentarische über die Vereinbarungen über die Zusammenlegung um die Politik der neuen Regierung Stellung genommen haben. Das Staatspräsidium und Kultusministerium übernimmt der bisherige Präsident des Landtages und Oberbürgermeister von Mainz



Wieland (Soz.)

Wieland erhält die Sozialdemokratie des Innenministeriums. Sie präsentiert hierfür die Abgeordneten Beuschner, Zentrum und Demokraten erhalten je ein Ministerium. Die Finanzen übernimmt Krieger (Zentrum). Das Arbeits- und Wirtschaftswesen wird unter Führung des demokratischen Reichstagsabgeordneten Kottel gestellt. Das Justizministerium soll, wie bisher, durch Ministerpräsident Dr. Schwarz verwaltet werden. — Die Wahl der neuen Regierung erfolgt voraussichtlich am 14. Februar. Anlässlich wird Präsident Wieland die Programm-erklärung des neuen Kabinetts abgeben.

### Nochmal Krensdorfer.

Am Mittwoch wird sich der Vorsitzende der Ortsgruppe des „Stahlhelm“ in Krensdorfer, der Landwirt Hoffmann, vor dem Amtsgericht für den Fall wegen Verletzung der Reichsgesetze zu verantworten haben. Hoffmann hat anlässlich der Krensdorfer Wahlen im Juli des vergangenen Jahres gegenüber mehreren republikanischen Verehrern von der Reichsflagge als einer „Mordanschlag“ gesprochen.

# Woher die hohe Arbeitslosenziffer?

## Antliche Feststellungen.

Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Winter in besonders harter Kurve angestiegen. Während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 31. Oktober bis 31. Dezember 1928 von 1 805 203 auf 1 745 507, also um 440 304 anfiel, sprang sie in der gleichen Zeit des Jahres 1927 von 839 982 auf 1 188 274, also um 848 292. Die sprunghafte Entwicklung im Winter 1927/28 hat in der Öffentlichkeit zu Angriffen auf das Arbeitslosenversicherungsgesetz geführt. Verantwortlich für die Verschärfung der Verhältnisse der Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosigkeit gilt das Reichsarbeitsministerium schon jetzt einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der Dinge in diesem Winter auf Grund neuer statistischer Feststellungen.

Die Arbeitslosigkeit trägt nach der Auffassung der maßgebenden Stellen zurzeit viel stärker als im Vorjahre saisonmäßigen Charakter. Während Ende Dezember 1926 etwa 50 Proz. der Arbeitslosen mehr oder minder ausgesprochenen Saisonberufen angehörten, sind es am gleichen Stichtag in diesem Winter 63,3 Proz. Mehr im Bauwesen betrug die Zahl der arbeitenden Facharbeiter Ende Dezember 1926 — 215 138 gegen 217 028 Ende Dezember 1927. Auf der anderen Seite betrug die Zahl der arbeitenden Facharbeiter in der Metallverarbeitung Ende Dezember 1927 nur 158 070 gegen 380 887 Ende Dezember 1926.

An den Angriffen auf die Arbeitslosenversicherung wird besonders von einer unnatürlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gemeinden gesprochen. An dem Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 1. Januar 1927 (1 746 597) in Höhe von 565 826 sind die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern mit 463 896 oder 42,6 Proz. die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern dagegen nur mit 106 728 oder 15,5 Proz. beteiligt. Der Rückgang in den ländlichen Bezirken ist zwar geringer als in den Gemeinden über 10 000 Einwohner; das erklärt sich aber daraus, daß sich auf dem Lande, soweit es nicht industriell durchdringt ist, konjunkturelle Einflüsse schwächer auswirken. Ebenfalls fällt folgende Erscheinung auf: In den Gemeinden über 10 000 Einwohnern ist in allen Bezirken ein Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger, wenn auch natürlich nicht überall gleichmäßig — Süddeutschland (z. B. über dem Durchschnitt — 35,5 Proz.), Preußen am tiefsten unter dem Durchschnitt — zu beachten, dagegen ist in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern nur teilweise ein Rückgang, teilweise eine Zunahme der

Hauptunterstützungsempfänger zu beobachten. Diese Zunahme trifft ganz deutlich die landwirtschaftlichen Bezirke, und zwar am stärksten Brandenburg (plus 33,3 Proz.); dann folgen Pommern (plus 31,9 Proz.), Nordmark (plus 26,5 Proz.), Ostpreußen (plus 22,1 Proz.), Niederhessen (plus 19,6 Proz.) und Ostpreußen (plus 17,9 Proz.). Andere Landesarbeitslosenbeiräte weisen auch in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern einen mehr oder minder starken Rückgang auf, der zwischen Süddeutschland (— 53,0 Proz.) und Mitteldeutschland (— 8,6 Proz.) schwankt.

Die amtlichen Stellen führen diese Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger in manchen ländlichen Bezirken auf die Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen zurück. Sie sehen eine Hauptursache für die Zunahme in dem Rückgang auf die Bedürftigkeit als Voraussetzung für die Unterstützung. Durch diesen Rückgang sind einmal die Witwen und Köpfer der landwirtschaftlichen Kleinrentner, die landwirtschaftliche Arbeit außerhalb ihres Wohnorts ausüben konnten und während der arbeitsfreien Zeit in das elterliche Haus zurückkehrten, und dann die Saisonarbeiter (besonders Maurer, Zimmerer, Steinleger und Ziegler), die regelmäßig außerhalb ihrer Heimatpromis arbeiten und nur den Winter in ihrer Familie verbringen, in Unterstützung geführt worden. Die erste Gruppe wurde in der Erwerbslosensicherung vielfach überhaupt nicht berücksichtigt, der zweiten Gruppe waren zum mindesten längere Zeiträume aufgesetzt worden.

Wie kann diesen Erscheinungen begegnet werden? Es handelt sich hier vor allem um berufsunfähige Arbeitslosigkeit, die nach dem Gesetz von der Arbeitslosenunterstützung grundsätzlich nicht ausgeschlossen ist. Das Gesetz (und aber, so betont die amtliche Statistik, bewußt dem Sondercharakter dieser Arbeitslosigkeit durch Einschränkungen Rechnung zu tragen. So fordert es die Aufnahme aus berufsunfähiger Arbeit während einer berufsunfähigen Arbeitslosigkeit und zwar Aufnahme auch dann, wenn der tarifliche oder örtliche Lohn geringer ist als der frühere Lohn im eigenen Beruf des Arbeitslosen. Ferner weist die Statistik auf die Befugnisse des Verwaltungsamts hin, die Parteien die berufsunfähige Arbeitslosigkeit zu verlängern und eine Herabsetzung der Höchstdauer der Arbeitslosenunterstützung zuzulassen.

Schwierige Fragen! Sie müssen im Verlauf der nächsten Wochen die der endgültigen Klärung der Arbeitslosigkeit durch den Verwaltungsrat der Reichsanstalt gestellt werden.

### Nieders Nachfolger.



Reichsgerichtsrat Karl Lorenz.

schon bisher Stellvertreter des Senatspräsidenten Niedner, ist als dessen Nachfolger, zum Vorsitzenden des vierten Strafsenats beim Reichsgericht ernannt worden. Bekanntlich hat der vierte Strafsenat in vielen politischen Prozessen zu entscheiden.

### Republikanische Mostrieh-Justiz.

Berlin, 7. Februar. (Eg.) Dieser Tage hatte sich vor dem Berliner Gericht ein Strafverfahren namens Karl Loh wegen Herabsetzung der Reichsflagge zu verantworten. Der Verteidiger hatte am Tage des 80. Geburtstages von Hindenburg von der Reichsflagge als „Mostriehschne“ gesprochen. Das Gericht sprach den Angeklagten natürlich frei und zwar mit der Begründung, daß in dem Ausdruck „Mostriehschne“ keine Anhaltspunkte für eine Beschimpfung der Reichsflagge gegeben sind, da die Reichsbeamtenformen mit den Farben des Reiches nicht identisch seien, wenn auch früher vielfach das Reichswappen in nahen Beziehungen zu einzelnen Regierungskreisen gestanden habe, so könne auch dies kein Grund sein, unter den obwaltenden Verhältnissen in der Beschimpfung der Farben des Reichsbanners eine Beschimpfung der Reichsflagge zu erblicken. Auch reiche das Wort Mostrieh allein nicht aus, um aus ihm allein auf eine Beschimpfung der Farben des Reichsbanners schließen zu lassen.

Begegnung dieses unverschämten und löcherigen geradezu auf eine Prostitution der republikanischen Presse angelegte Urteil ist sofort Berufung eingeleitet worden.

### Volkszählung in Südtirol.

200 000 Deutsche und 48 000 Italiener. Berlin, 7. Febr. (Eg. Frankfurt.) Aus Vogen wird gemeldet, daß die dort am 31. Dezember vorgenommene Volkszählung eine Einwohnerzahl von insgesamt 263 000 im abgetrennten Tirol ergeben hat. Davon sind nur 47 000 italienischer Zunge. Das Volksheimblatt „Journal de Italia“, das von dem Ergebnis der Volkszählung Kenntnis nimmt, schreibt dazu: Die Zahl der Deutschen in Tirol sei unerheblich gegenüber den Millionen, die innerhalb der heutigen Grenzen Frankreichs, der Tschechoslowakei, Polens und Südbananiens leben.

### Deutsch-französischer Handel.

Paris, 6. Febr. (Eg. Draht.) Die französischen Ausfuhr nach Deutschland sind nach der neuesten amtlichen Handelsstatistik im Jahre 1927 gegenüber dem Vorjahre um 2 Milliarden auf 6475 Millionen Francs gestiegen, während die Einfuhr deutscher Waren um 756 auf 4214 Millionen Francs zurückgegangen ist. Diese Zahlen zeigen, daß sich infolge der Fran-

coisierung der Wert der französischen Einfuhren im Jahre 1927 gegenüber dem Vorjahre in niedrigen Francbeträgen ausdrückt. Die gesamte französische Ausfuhr ist verhältnismäßig von 50 auf 47 Milliarden Francs zurückgegangen. Der Rückgang der deutschen Einfuhr nach Frankreich kann jedoch nicht allein auf diese Überänderung zurückgeführt werden. Die gesamten französischen Importe sind nämlich von 52,7 auf 46,8 Milliarden Francs zurückgegangen, also um circa 11 Proz., während die deutschen Exporte nach Frankreich um rund 15 Prozent gefallen sind.

Da sich wiederholt nicht unbedeutende Abweichungen zwischen der deutschen und französischen Handelsstatistik ergeben haben, wird zur Bereinigung der Statistiken ein Vergleich mit den deutschen Erhebungen erforderlich sein.

### Die Finanzforderungen der Sozialisten.

#### Boincaire wird die Vertrauensfrage stellen.

Paris, 7. Febr. (Eg. Frankfurt.) In der Kommer wird heute die Finanzdebatte fortgesetzt werden. Wahrscheinlich wird u. a. auch Boincaire nochmals das Wort ergreifen, um auf die Kritik von Jean Blum zu antworten.

Die sozialistische Kammerfraktion hat inzwischen ihre Entscheidung um die Finanzpolitik Boincaires eingebracht. Darin wird u. a. die sofortige Stabilisierung zu dem augenblicklichen Kurse verlangt und die Rationalisierung aller Wirtschaftszweige gefordert, die dazu reif erscheinen. Außerdem ist ein Abbau aller Verbrauchssteuern für unbedingt notwendig erklärt.

Boincaire hat angekündigt, daß er in Anbetracht der sozialistischen und radikalen Kritik die Vertrauensfrage stellen wird. Da der rechte Flügel der Radikalen der Regierung die Erlange hat dürfte, wird die Abstimmung eine verhältnismäßig harte Mehrheit für Boincaire ergeben.

### Zur Lage in China.

London, 6. Febr. (Eg. Draht.) Wie aus Peking gemeldet wird, sind das dortige britische Konsulat und verschiedene britische Gebäude von Soldaten der 21. chinesischen Armee besetzt worden. Die britischen Behörden haben daraufhin einen schriftlichen Protest an den Obersten Kommandierenden der chinesischen Nationalarmee Tschanfaihtschai gerichtet.

In den letzten Tagen haben Belästigungen innerhalb der chinesischen Nationalarmee mit dem Ziel stattgefunden, eine Reorganisation der bestehenden nationalchinesischen Regierung vorzunehmen und einen Parteitag der Kuomintang einzuberufen. Ferner wurde beschlossen, den Kampf gegen die kommunistische Bewegung in den eigenen Reihen zu verstärken und die bestehende chinesische Arbeiterbewegung in die Kuomintangbewegung einzugliedern.

### Kommunisten überall gleich.

Paris, 6. Febr. (Eg. Draht.) Der kommunistische Parteitag hat beschlossen, die kommunistischen Kandidaten im zweiten Wahlgang auch dann aufrecht zu erhalten, wenn ein Sozialist gegen eine Reaktionen in die Stichwahl käme. Nur in einzelnen Fällen soll die Parteiregierung das Recht haben, Ausnahmen zu gestatten. Als Begründung wird mitgeteilt, daß durch die Regierung der nationalen Einigung ein Unterschied zwischen Reaktionen und Linksparleien in Frankreich nicht mehr besteht.

### Der französisch-amerikanische Vertrag unterzeichnet.

Paris, 6. Febr. (Eg. Draht.) Am Montag wurde hier der französisch-amerikanische Schiedsvertrag unterzeichnet. Die Unterzeichnung war mit einem feierlichen Akt verbunden, an dem die leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes und die Mitglieder der Amerikanischen Botschaft in Paris beteiligt waren.



## Durch Amerika nach Honolulu

Armer Mund spricht am Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Großen Stadtparksaal“

### Musik- und Tanz-Vorführungen

Vorgeführt vom Musikhaus Eduard Barth und der Halberstädter Turnerschaft v. 1861

Erwachsene 0,75 Mk. Kinder und Militär 0,30 Mk.

**Vorverkauf!** Schuhwaren- u. Sportgeschäft „Merkur“ Hoheweg 42 und im Zigarren- u. Vinopothhaus W. Frenzten, Fischmarkt 8

**Ortsverband für Leibesübungen, Halberstadt, Städtisches Jugendamt.**

---

**Halberstädter Damen-Schwimmverein.**

Wir laden unsere Mitglieder ein, zu dem Vortrag recht zahlreich zu erscheinen. — Jugendliche erhalten freie Eintrittskarten vom Verein.

**„Sport-Club 1910“ e. V.**

Wir bitten um zahlreichen Besuch des Vortrages.

---

**Schwimmklub „Sport 1912“**

Wir fordern uns Mitglieder auf, sich zu dem Vortrag unseres Amerikafahrers alle einzufinden. Jugendliche erhalten freie Eintrittskarten vom Verein.

**Fußballklub „Preußen“**

Wir laden zu dem Vortrag ein.

**Fußballklub „Germania“**

Erscheint zahlr. zu dem Vortrag.

### Buchbinder-Lehrling

findet an Eltern Stellung

**H. Meyer's Buchdruckerei.**

Ich suche an Eltern einen **Lehrling**

**Emil Langrock, Stolzenhagen.**

Unter, dunkelblauer Konfirmanden - Anzug billig zu verkaufen

Braunstr. 5. part.

**Teppiche** — Läufer ohne Anzahl, 1.10 Monatsrat, fl. Teppichhaus Kay & Wied, Frankfurt a. M. 102

Schreiben Sie sofort!

**Möbelpolitur** Raisabothete.

**Schäfer-Martin-Salbe** geg. Hautkrähen u. offene Wunde. Antiseptisch.

## Zeichnung auf die Inhaber-Zertifikate der Reichsbank über reichsmündelsichere Vorzugsaktien Serie V

### der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft

mit vom Reiche garantierter 7% Vorzugsdividende

Anmeldungen zur Zeichnung zu **93 1/2%**, ohne Verrechnung von Stückzinsen nehmen wir zu Prospektbedingungen **bis Dienstag, den 14. Februar 1928,** spesenfrei entgegen

**B. J. Baer** Bank für Landwirtschaft **Boeck & Co.**  
Aktiengesellschaft, Filiale Halberstadt

**Commerz- und Privatbank** Darmstädter und Nationalbank  
Aktiengesellschaft Kommanditgesellschaft auf Aktien  
Filiale Halberstadt Zweigniederlassung Halberstadt

**Direction der Disconto-Gesellschaft** Mooshake & Lindemann  
Zweigstelle Halberstadt

**Ernst Vogler**

**TOURISTEN-VEREIN**  
**Die Naturfreunde**  
Ortsgruppe Halberstadt

Mittwoch, den 29. Februar, abends 8 Uhr

im großen Saale des Marie-Dauhinmannhills:

### Lichtbilder-Vortrag

des Schriftstellers und Weltwanderers Eugen Beckmann, Stuttgart:

**Meine Nachkriegs-Fußwanderung durch Italien**

Eintritt im Vorverkauf 40 Pfg., an der Abendkasse . . . 50 Pfg.

Am gleichen Tage, ebenfalls nachmittags 4 Uhr:

### Wilhelm Busch- und Märchen-Vortrag

mit prächtig kolorierten Lichtbildern von Eugen Beckmann, Stuttgart.

Ein paar bequere Stühlen für unsere lieben Kleinen. Eintritt nur 10 Pfg., Ermäßigte 20 Pfg.

Souvenirkauf bei unseren Mitgliedern und den durch Blattschlagung kennlichen Stellen.

Obzart ladet freundlich ein

Die Ortsgruppenleiterin.

**Patent-Ingenieur Böhme, Halberstadt,**  
Breiteweg 29, Mitgl. Verb. Beratender Pat.-Ing.

## WARTBURG

Jeden Mittwoch und Sonntag nachmittags 3 Uhr:

### Künstler-Konzert

Kapelle Görcke. Eintritt frei.

Anstich von Harzer Stark-Bock!

**Notieren Sie bitte!!**

**Habe jetzt Telefon Nr. 1595**

**Walter Kolek, Tischlermeister**  
Gleimsstraße 27 (Gegenüber dem Krankenhaus)

**Raninchenzucht-Berein Halberstadt.**

Am Mittwoch, den 8. Februar 1928, abends 8 Uhr, findet im „Zwischenwall“ unsere diesjähr. **General-Versammlung**

statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Die Stammbücher der letzten Versammlung werden ausgestellt. Persönliche Grüße und Vereinskarte. Sachkundig behaltlich willkommen.

Der Vorstand.

**Gemeinde- und Staats-Arbeiter.**  
Filiale Halberstadt.

Unter

## Winterbergnügen

findet Sonnabend, den 11. Februar, 8 Uhr abends bei Hubberg statt

Hierzu ladet freundlich ein

Der Postanschnß.

Wir verweisen unsere Mitglieder auf die Besprechung der Bücher des 1. Quartals 1928:

Goncourt:

**„Das Dienstmädchen Germinie“**

Roman

Kampfmeyer-Altman:

**„Vor dem Sozialistengesetz“**

Krisenjahr des Obrigkeitstaates und bitten um gefl. Mitteilung bis zum 10. d. Mts., welches Buch gewünscht wird. Es können auch beide Bücher gegen Zahlung des doppelten Betrages bezogen werden. Im beiderseitigen Interesse bitten wir den Termin unbedingt einzuhalten.

Zahlstelle des Bücherkreises

**Volksbuchhandlung**  
**Halberstädter Tageblatt**  
Domplatz 48,  
Telephon 2313. Telephon 2313.

Der neue **FORD** ist hier.

Besichtigen Sie das preiswerteste Automobil, das jemals offeriert wurde

**Friedrich Reichmann**  
Halberstadt  
Quedlinburgerstr. 3 :: Fernsprecher 1734

Modell T, fabrikenau, äußerst preiswert  
2 Limousinen, 2 offene Fräntzler, 1 Zweisitzer

**Fernsprecher Nr. 2959**

neu angelegtes  
**Photo-Spezialhandlung**  
**Karl Baumann**  
ger. Photograb  
Südweststr. Nr. 11  
neben Ede Schulstraße.

**Wirtshaus zum „Rühlinger-Lor“**  
Mittwoch, den 8. Februar 1928

Großes **Schlachtfest**

ES ladet freundlich ein **Franz Loewe.**

**Gärge**

in jeder Größe  
empfiehlt an kalten  
Treffen

**G. Försterling**  
Luedlburg,  
Brettelstraße 37.

**„Wiener Kaffee“**  
ist täglich im  
**großen Karneval**  
**Sternwarte**

Jeden Mittwoch  
**Künstler-Konzert**  
Anfang 3 1/2 Uhr. Eintritt frei.

**Düngefall**  
hat abzugeben  
**Hermann Balster,**  
Bühnenstr. 11 Fernspr. 288

**U. Lindenbaum!**  
Sonne beschützt!  
Bis Donnerstag erledigt

Heute Mittwoch frisch geschlachtet

Empfehle: Frisches Schaftees, Leber u. Nierenöl, Ia Schmirbren, frische Knochen u. Grießen.

**Bäckerei und Schmelzerei Palm**  
Schulstraße 11, Telephon 1394.

### Danksagung.

Heimgeliebt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Baugewerksband, dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Herrn Konsistorialrat Steinhausen auf diesem Wege unseren

### herzlichsten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen  
**Familie Sieboth.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und überaus reichen Kranzspenden beim Heimgange unserer Lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten

### unseren innigsten Dank!

Auch Dank Herrn Konsistorialrat Steinhausen für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe sowie Schwester Anna für die liebevollen Bemühungen.

Wernigerode, den 6. Februar 1928.  
Im Namen aller Hinterbliebenen:  
**Gottlieb Künne.**

## Zur Konfirmation

nehmen unsere Leser Ihre Einkäufe nur vor bei den Inserenten der

### Harzer Volksstimme.



**Prima Mastochsenbraten**  
**Prima Hammelbraten**  
**Sedes Quantum la Rinderleber**  
Gelernt, auf Wunsch frei Haus.

**Hamburger Gefrierfleisch - Halle**  
Jahnhofstraße, dicht beim Markt.

## Berufsschuhe

Pa. Rindleder-Arbeitschuhe,  
Schaffstiefel :: Langstiefel  
in verschiedenen Ausführungen.

**Hermann Reinhardt,**  
Schuhwaren **Breitestraße 105.**

**Schloß-Lichtspiele** **Stuart Webbs**

nur auf 2 Tage  
**Dienstag und Mittwoch**  
in dem großen Detektiv-Film  
**Das Panzergewölbe**

Das Geheimnis der Masken.  
In den Hauptrollen:  
**Ernst Reicher als Stuart Webbs**  
And Egged Nissen — Imogene Robertson  
Johannes Riemann — Erich Kaiser-Tietz

Im bunten Filmtitel:  
**Die Wunderquelle — Granat-Granat**  
**Denkig-Welt-Wochenberichte**  
Beginn 6 Uhr und 1/2 Uhr.  
Donnerstag vollständig neuer Spielplan!

## Walter Aps

Unterengergasse  
**färbt**  
**reinigt**

Herrn-, Damen- und Kinder-Garderobe  
Schoondeste Behandlung Schnellste Bedienung  
Solide Preise



## Der Provinzialländtische Landtag eröffnet.

Eröffnungsrede des Oberpräsidenten Dr. Waentig. — Die neue linkskommunistische Fraktion. — Stadt- und Vorsteher Gen. Baer — Magdeburg Präsident des Provinziallandtages. — Landeshauptmann Hübener über den Haushaltsplan der Provinzialverwaltung.

Merseburg, 6. Februar. Heute wurde hier der 43. Landtag der Provinz Sachsen mit einer bedeutsamen Rede des neuen Oberpräsidenten, des Gen. Prof. Dr. Waentig eröffnet. Nach Begrüßungsworten gedachte dieser Vorgängers, des Oberpräsidenten Dr. Ring, dem es gelungen sei, die in den ersten Jahren seiner Amtsführung die deutsche Einheit und die deutsche Republik bedrohenden Gefahren überwinden zu helfen. Der Wunsch der Schulpöligkeit in der Provinz Sachsen und ihre Ausgestaltung zu einem zuverlässigen Werkzeug staatlicher Machtentfaltung sei sein ureigenes Wert. Mit besonderer Freude begrüßte Oberpräsident Dr. Waentig in den Provinziallandtag das Parlament, das durch die von ihm einstimmig ergebene Forderung eines

### einheitlichen Wirtschaftsgebietes Mitteldeutschlands

in jüngster Zeit richtunggebend für die deutsche Einheitsbewegung geworden ist. Er führte hierzu weiter aus: Preußen wird durch die Schaffung von Zweidörfern die gemeinschaftlichen Interessen Mitteldeutschlands zu fördern versuchen und sich auf dem Wege des Anstufens der dazu geeigneten Ort- und Ortschaften um eine wirtschaftsrechtlich geeichte Einheitsbewegung bemühen. Wofür sich auf diesem Wege bei beiderseitigen guten Willen in der Verwirklichung einer allmählichen Vereinheitlichung Deutschlands erreichen läßt, haben vorbildlich die bisherigen Verhandlungen mit dem Freistaat Anhalt gezeigt.

Auch der dem Landtag zur Berücksichtigung kommende Vertrag über die Vereinigung der „Girozentrale — Kommunalfond für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt in Magdeburg“ mit der Sächsischen Provinzialbank in Merseburg zur „Mitteldeutschen Landesbank — Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt mit dem Sitz in Magdeburg“ entspricht der Forderung des Landtages nach Vereinheitlichung Mitteldeutschlands. Eine Verfestigung der provinziell-sächsischen Stadt- und Landbevölkerung ist dem Redner ebenfalls als sehr wünschenswert.

Sehr zu begrüßen ist, fuhr Oberpräsident Waentig fort, die Förderung der Getreidewirtschaft durch die Provinzialverwaltung. Er dankte dem Landtag für die Beschlüsse, die bei der Festlegung der Tarife der Getreidewirtschaft und Gesamtarif, die den Charakter von Aufwandssteuern annehmen sollen, der Grundbesitz der Verteilung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit Anwendung finden müsse.

Hinsichtlich des vorliegenden Haushaltsplanes anerkannte Oberpräsident Waentig den darin zum Ausdruck kommenden Willen zu äußerster Selbstbeschränkung. Mit Genugtuung stellte er dabei fest, daß die notwendig gewordenen Ersparnisse weder zu Lasten der erforderlich werdenden Anlagen noch der sozialen Aufgaben erfolgt sind. Befallen doch allein die Ausgaben für Volkswohlfahrt den betragsmäßigsten Teil mit 88,5 Mill. RM., d. h. 50,5 Prozent aller Ausgaben, in welcher Summe ein Fortschreiten für Geistesarbeit in Höhe von 11 Mill. RM. einfließen wird. Die Senkung der Provinzialumlage um 1 1/2 Prozent wird in Stadt- und Landkreisen mit besonderer Freude begrüßt werden, da dadurch die Aufstellung der eigenen Staatskassen wesentlich erleichtert wird.

Hinsichtlich der gespannten Wirtschaftslage gedachte der Redner auch der Lage der Landwirtschaft. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, von denen die Provinz in den letzten Jahren schwer heimgesucht wurde. Staat und Provinz sind dabei in den gefährdeten Kreisen der Landwirtschaft zu Hilfe gekommen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit, fuhr der Redner fort, verfolge er im Interesse der Landwirtschaft die Frage der Beschaf-

fung ausländischer Saisonarbeiter. Es werde zu prüfen sein, inwieweit dieses Uebel durch Heranziehung heimischer Arbeitskräfte beseitigt werden könne.

Wenn auch bei der Industrie ein langwieriger Wiederaufstieg zu beobachten sei, so sprechen doch die hohen Ziffern der Arbeitslosen (34.297 am 15. November 1927 und 102.171 am 15. Januar 1928) für sich selbst. Hinsichtlich der Ausprägung der Metallarbeiterfrage bezog der Redner den Wunsch zum Ausdruck, daß der Wirtschaftsausschuß in diesem Sachverhalte möglichst bald durch beschleunigtes Entgegenkommen beendigt sein möge.

Eine schwere Belastung für die industrielle Bevölkerung bedeutet, fuhr Dr. Waentig weiter aus, noch immer die herrschende Wohnungsnot. Allerdings ist die Bautätigkeit dauernd im Wachsen begriffen. Betrug doch die Zahl der in der Provinz Sachsen zu errichtenden Wohnungen in den Jahren 1925, 1926 und 1927 rund 10.500, 13.400 und 17.000 und zwar konnten in diesen Jahren aus Hauszinssteuermitteln rund 267, 343 und 38 Mill. Mark zu Bauzwecken zur Verfügung gestellt werden, jedoch der Provinz im Jahre 1927 aus dem Wohnungsförderungsfonds etwa 3,7 Mill. Mark mehr zugeflossen, als im Jahr von dort zugeführt wurde. Trotzdem haben diese Summen nicht genügt, um die besonders in dem Industriezentrum Leuna-Bitterfeld-Zeitz bestehende Wohnungsnot zu beseitigen.

Weiterhin gedachte der Oberpräsident des Verkehrswesens, das in diesem Jahr eine größere Summe als im Vorjahre erfordert. Der Automobilverkehr stellt etwa große Anforderungen an Provinz und Kreis. Die seit etwa einem Jahre im Hauptteil des Mitteldeutschen begonnene Bauarbeiten in Verbindung mit dem derzeitig gestellten Mittel fortgesetzt. Es ist in Aussicht genommen, die Arbeiten im Jahre 1927 zu beenden, jedoch die Inbetriebnahme des Kanals im Jahre 1938 erfolgen kann.

Daß der diesjährige Haushaltsplan trotz der bestehenden finanziellen Schwierigkeiten nicht unbedeutliche Mittel auch zur Verwirklichung kultureller Ziele zur Verfügung stellt, gereicht der Provinz zur besonderen Ehre. Unsere Jugend benötigt weitgehende Hilfe. Ich empfehle Ihnen die Unterstützung der Jugendbewegung auf allen Gebieten.

Wehr denn je verlangt der materialistische Zug unserer Zeit die stärksten Kräfte von Kunst und Wissenschaft. Romanistik möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die hochschulische Lage unserer Provinzialuniversität Halle-Wittenberg lenken. Der Pflege bedürfen auch die Bestrebungen des Volksschauspielverbandes und der Theaterbesuchervereine. Reicher Beifall beifolgt die Ausführungen des Redners.

Nachdem der Oberpräsident die Lesung des Landtages für eröffnet erklärt hatte, übernahm das Tagesmitglied des Hauses, Abg. Graf v. Posadowsky-Wehner (Spartak- und Rentnerfraktion) den Vorsitz, um die Präzedenzfragen zu stellen. Bei der Verteilung der Anwesenheitsliste ergab sich, daß nur ein Mitglied, nämlich der volksparteiliche Abgeordnete Walthar (Erurt) entschuldig fehlte. Anstelle des langjährigsten bisherigen Präsidenten des Provinziallandtages des Gen. Oberbürgermeisters Weims-Magdeburg schlug demzufolge der Fraktionsführer Abg. Genosse Kasperer-Halle den Gen. Baer aus Magdeburg als Nachfolger vor. Die SPD-Fraktion präsentierte unter dem Geschäfter der Anwesenden ihr Mitglied Holzweitzig als Gegenkandidaten. Bei der Zettelwahl entfielen 78 Stimmen auf den Gen. Baer, 18 auf Holzweitzig, 1 auf den Gen. Weims, während 13 Zettel unbeschieden waren.

### Genosse Baer war damit gewählt.

Er übernahm sofort auf Eruchen des Alterspräsidenten den Vorsitz. Es folgte die Wahl des Vizepräsidenten. Die zweitälteste Fraktion schlugen die Deutschnationalen den Abg. Ruff-Halle vor, der mit 82 Stimmen gewählt wurde. Für die Annahme des Schriftführers und Beisetzers wurden mit einer Ausnahme die bisherigen Abgeordneten wiedergewählt. Von der SPD fungierten als Schriftführer der Abg. Gen. Loth-Magdeburg, als Beisitzer Abg. Gen. Köhler-Zeitz. Hierauf folgte die Einführung der neuen Abg. Herold-Eilenburg und Melita v. Runkel-Halle. Auch die bisherigen Mitglieder der Ausschüsse und Kommissionen wurden größtenteils wiedergewählt. Auffällig war, daß der Stahlhüttenführer Hillner-Halle dem Rechnungsausschuß nicht wieder zugeführt.

### Eine neue Fraktion.

Genoss wurde die kommunistische Abg. Frieda Lehmann aus der Kommission für fortlaufenden Beschäftigung der Provinzialanstalten herausgeworfen. Warum das geschah, sollte man bald erfahren. Denn unsere bewährten „Revolutionäre“ geben gleich zu Beginn jeder Tagung des Provinziallandtages den Bürgerlichen Gelegenheit zu einem entsetzlichen Geschrei. Das zeigt, wie wenig ernst man dort die großmühtige Partei nimmt. Dem Kundigen mußte es schon auffallen, daß die Kommunistin Frieda Lehmann diesem ihr gegenüber den Trennungsschritt von den Stalinisten dokumentieren. Bevor sie aber selbst irgend ein Wort der Erklärung abgegeben hatte, kam ihr ihr „Genosse“ Zeitz vor und stellte fest, daß Frieda Lehmann aus der SPD ausgeschlossen sei. „Ihre politische“ Tätigkeit ist unvereinbar mit den Pflichten eines Kommunisten und den Vorschriften der Komintern.“ Großmühtig besonders darüber, daß die Abg. Lehmann ihr Kommando nicht niederklegte. Mit allgemeinem Schmunzeln sah man natürlich der Gegenüberklärung Frieda Lehmanns entgegen. Diese meldete sich auf sofort zum Wort und führte u. a. aus, daß sie die Mandat 1925 von der damaligen SPD erhalten habe. Die heutige SPD vertrete aber nicht mehr die Linie, die man damals eingehalten habe. Sie sei daher gezeugen, im Provinziallandtag eine neue Fraktion zu bilden. Die mehr SPD-Politik werde von ihr, der linken SPD-Fraktion, fortgesetzt. Die Stalinisten hätten daher kein Recht, von ihr die Niederlegung des Mandats zu verlangen. Gebotete Bräunerei von rechts beleuchteten grell die Situation.

Nach diesem Intermezzo ergriß Landeshauptmann Dr. Hübener das Wort zu einem mehrstündigen Vortrage über den Haushaltsplan der Provinz Sachsen. Er kritisierte insbesondere die Politik der Reichsregierung und des Reichsausschusses gegenüber den Gemeinden und Gemeindevorständen. Die alljährlichen Mandatentwässerungen würden der privaten Wirtschaft nachteilig, während die kommunalen Anstalten unter Umständen wären. In dem Verfahren des Reiches liege eine Schlüsselbehandlung der öffentlichen Hand, die durch nicht gerechtfertigt ist und der Wirtschaft schaden, denn sie muß schließlich den vermeintlichen Aufwand tragen. In kommunalen Kreisen kann man sich zum Teil nicht den Eindruck verschließen, daß hinter der Kreditüberweisung für die Kommunalverbände und noch mehr hinter ihrer Billigung durch einzelne Kreise der Wirtschaft zum Teil eine wirtschaftspolitische Kritik liegt, nämlich, die Wirtschaft, den Kommunalverbänden die Bekämpfung auf wirtschaftlichen Gebiet abzugeben. Man hat früher bisweilen mit Recht von falscher Sozialstruktur gesprochen. Heute darf man die Frage aufwerfen: Ist eine falsche Sozialstruktur bedenklich?

## Werbt unabhängig für Eure Zeitung!

## Jungfer Mutter.

Eine Wiener Vorstadtschicksale von Ida Christen.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Auch recht!“ schrie der Leopold übermütig und lachte wie toll in das lustige Blühende Gesicht.

„Wenn du mit mir ein Verlobtes bist, dann heirate ich dich,“ sagte sie ernst und setzte sich wie vor Jahren auf seinen Schoß und lehnte ihren Kopf an seine Schulter.

„Gottlob!“ Aber würde nicht der brave Mann, wenn er so ein schönes Mädel zum Weib trügt; gut sollst du es haben bei mir wie seine in der „Blauen Gans“!

Bier Wochen später war die Hochzeit, und Leopold dachte schmerzlichen zurück an die drohliche Verlobung am Brunnen, und darum hielt er seine Lene so fest an der Hand, damit der Ringstempel nicht fortlaufe, damit sie ihm feiner mehr nehmen könne. „Ah doch! Jetzt waren sie ja wirklich Mann und Weib, jetzt gehörte sie ihm an, er schlug seinen Arm um ihren Hals und drückte sie fest an sich, sie aber stürzte zu ihm hinauf und misperte.“

„Aber Leopold! Du lachst mir wohl!“ und sie scherte schon in dem Augenblicke, als sich der Herrere umschmeichelte und küßte.

„Du!“ — Du Weib! Ich möchte dich mein Weib nicht mehr tun,“ sagte der junge Ehemann fast zu laut und küßte sie schallend auf die roten, wachen Lippen.

„Gehaus mich nicht, Leopold“, lipste sie geizig und zog den Schleier über das feingebildete Gesicht, ordnete ihre Locken und das dünne lange Kleid, dann erst horchte sie selbstgütig zu den Nachbarn hin, die alle Ohrenwände dorbrachten.

„Jetzt geht die ganze Hochzeit in die Estrasse, dort wird die ganze Hochzeit eingeschrieben und nachher wird geschrien, geirantet und getanzt!“ rief der Laternenanzünder und streckte sich in seiner roten Säcke. Der alte Dragoon führte heute das große Wort, er war ja Brautvater, war Vorvater und Bestvater, er hatte zu dieser Feier sogar seine alte Uniform herausgeholt, „Wie eine Prinzessin schaut das Mädel aus!“ brummte er.

„Gott, Laternenanzünder, ich hab's erannt mit dem Goldbüchse!“ — „Ob es aber so gegangen wäre ohne mein Dreizehnen?“ rief der Laternenanzünder.

Der Leopold nicht dankbar, zog den Arm der Lene in seinen und führte sie aus der Kirche.

Draußen fand der Nachbar Krippelmacher mit seinem Sohne,

die hatten ihre Beigen mit und noch ein dritter Mannstanz war dabei, der hies die Klarinette, das es jedem durch Markt und Wein ging, als drei empfinden die Hochzeitler mit einem lustigen Marsch, dann stellten sie sich an die Spitze und gingen musizierend dem Zuge voran in die „Blaue Gans“.

War das eine Herrlichkeit! Die große Waldschneise war zum Speisestahl und Tanzsaal mit bunten Dekorationen, Lampionen und weißem Zeug hergerichtet, der glühende blante Sand auf der Diele leuchtete, und als sie nach der großen Eiserne die Tische beiseite rücken und zu tanzen begannen, da ließen alle Nachbarn aus den nächsten Häusern herbei zu den Feiern, machten lange Hälfe und guckten hinein zu den lustigen Hochzeitstänzen.

Der junge Hausbesitzer, der fast immer mit dem Strohschneidermädel herumging, und noch ein zweiter reichstümlicher Mann, der geschieden von seiner Frau lebte und seines Vaters Geld vertrat, die beiden gingen frühzeitig hinein, schüttelten dem Leopold die Hand, fragten nach seiner Braut und schauten sich alle die anderen hübschen Mädchen an. Der junge Ehemann holte sein Weib und wie sich das Paar fast ganz allein bei dem Ehrenplatz drehte, die mädchenhafte Frau sich so diegenau und lässig bemagte und mit halbgeschlossenen Augen auf den Arm ihres Mannes stützte, da kam es den neuen Gästen vor, als hätten sie die Lene noch nie früher gesehen.

„Du, wie ist denn die so in die Höhe gekommen, ohne daß wir sie bemerkt haben?“, lachte der jüngere.

„Ward uns ungeschicklich!“ erwiderte sein Begleiter.

„Gleich nachdem der Walfar vorbeir war, hat der Leopold seiner Frau einen Stuhl, er trordnete sich die Stuhl, küßte die Lene auf die Schulter und ließ zu den Musikanten hinüber, die zwei Nachtschwärmer aber drängten sich hinter die Braut.“

„Das schönste Mädel, das ich mein Lebtag gesehen habe!“ flüsterte der barocke Burche, jedoch so laut, daß es die Lene hören mußte.

„Aber Frau, Frau! Frau, muß du sagen. Du hältst einen ganzen Krigen Krigen, nicht so einen Dreizehnenmann, der sich an schaut wie ein Bogelfreier im Saatsaal, an dem die leeren Kermet herumfliegen, wenn der Wind blüht“, spottete der andere.

Die Lene blühte zu ihrem Manne hin und schrak zusammen, dann wandte sie sich nach den beiden um, ließ einen langen Blick über die Einbringlinge gleiten und zuckte die Achseln bedauernd und obrüchselnd. Als der Leopold kam, bängte sie sich an seinen Arm und sagte so laut, daß es die beiden als Antwort nehmen konnten:

„Führ mich bald heim, es sind Leute da, die nicht hergehören.“

Das junge Paar ging aus davon, ohne Abschied zu nehmen, sie liefen hinüber in die stille große Straße. Die blendend weißen Vorhänge waren niedergelassen, der Tisch war weiß gedeckt und ein bunter Strauß stand neben dem Nachtschlaf. Die hochgewachsenen Betten glänzten, so weiß und fein war das Bettengestell, das die Walfrauen der Lene zur Aussteuer geschenkt hatten. Mit einem leichten Seufzer schaute sich das junge Weib in dem friedlichen Gemach um. — Auch der Leopold blühte in alle Winde, überall mietern ihm Erinnerungen entgegen. Es ist doch etwas wert, so ein altes liebes Heim zu haben, dachte er, jetzt sich nieder, zog sein schön geblühtes Frau auf den Schoß und sagte:

„Weißt, Lene, so find mir gefallen, wie ich heimkommen bin.“

Wie in den hellsten Tag hinein tangten die Nachbarn und noch in den Schlafumme des jungen Paares schlichen sich die schmeichelnden Töne des Walfarers, den sie zuletzt miteinander getanz hatten.

Am Himmel stand die blaue Mondschale. — Ein böses Wort verfolgte die junge Frau bis in ihre Träume, schmeckte sie auf, und mit Grauen lag sie beim klaffen Schein des Nachtschlafes, daß der Traum Wirklichkeit wurde. . .

Sich jenem frühlichen Hochzeitfest waren nun wieder zwei Wochen um. Die Lene lag in der großen Straße auf dem Fensterbrett und musterte aufmerksam die kostbar gefärbten Sommerkleider und Röcke, die draußen im Hof an der Walfschneise hingen.

Ein Anklag in ihrem Arme, das sog und sog und lag und schmaltete mit den Lippen. Die Lene trich den Scheitel glatt, zog die schweren flechtigen tiefer ins Gesicht, betrachtete aufmerksam ihre schlante Hand, schaute auf die weiche Wollhaube ihres Balzens, hob dann das Kind ein wenig und lächelte ihr Kleid bis in den Hals hinauf zu. Gleichmäßig wie eine Maschine schautete sie den Kleinen hin und her und lang leise.

„Weißt dich Gott, Lene, wie gehts mit dem Bublen jetzt?“ — „Du, es geht halt wie immer.“

„Du lieber kleiner Kerl, du!“ sagte die Sanne lachend und beugte ihren schlanken Körper zum Fenster hinüber, küßte das Kind und setzte sich vor auf den der Lene gegenüber auf das Fensterbrett.

„Kommt aus der Stadt?“ — „Ja, ich war die Walfschneise abisieren. Ich bin alleweil froh, wenn ich wieder daherkommen bin, die vielen Leute, die Wagen, der Kärm! ganz dumm kommt mich mir vor, wenn ich außer unserem Haus bin.“



hat die SPD. im Reichstag eingeleitet, diesen Mangel abzuhelfen. Am sozialpolitischen Ausschuss sprach sich der Vertreter der Regierung gegen diesen Antrag aus. Er erkannte wohl die Mängel des Gesetzes an, glaubte aber, daß es richtiger sei, wenn das Arbeitsgericht den Rechtsstand beibehalte. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion verlangte, daß bezugslos aus die Gewerkschaften das Recht hätten, das Arbeitsgericht zur Bestellung des Wahlprüfandes anzurufen. Dazu kommt der Regierungsvertreter keine Zugabe machen. Es bleibt also abzuwarten, wie die Angelegenheit im Reichstag ergeht. Am 14. März ist vom Berliner Polizeipräsident ein solcher Arbeitsvertrag in Strafe mit 300 RM. genommen worden, weil er keinen Wahlprüfand für die Betriebsvereinbarung bestellte. Diese Anordnung ist nunmehr allen Gewerkschaften, Beamten, Regierungspräsidenten usw. ausgegangen, um zünftig darauf zu handeln. Gegen diese Anordnung des Polizeipräsidenten erhob der betr. Betriebsrat Beschwerde, die aber der Minister für Handel und Gewerbe als unbegründet zurückwies. In diesem Bescheid heißt es wörtlich: Ihre Beschwerde richtet sich dagegen, daß das Reichsgrundgesetz für die Anordnung der Artikel 14 der Reichsverfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (RGBl. S. 1383) herangezogen worden ist. Es wird von Ihnen der Einwand erhoben, im vorliegenden Falle gewähre der Artikel 14 der Reichsverfassung dem Herrn Polizeipräsidenten keine Ermächtigung zu der Anordnung, weil die in Betracht kommenden Bestimmungen bereits in den §§ 9 ff., insbesondere in § 9 des Betriebsvertrages enthalten seien. Dieser Einwand ist unzutreffend. Die §§ 9 ff. enthalten nur Strafbestimmungen. Anlaß Ihrer Beschwerde, Ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtung aus dem § 1 in Verbindung mit § 23 Abs. 2 und 3 des Betriebsvertrages nachzukommen, besteht ein gesetzlicher Zustand, der zwar nach dem von Ihnen angezogenen § 9 ff. des BVerf. nicht den Tatbestand einer freibaren Handlung darstellt, dessen Begehung aber Recht und Pflicht der Landesbehörden ist. Gemäß Artikel 14 der Reichsverfassung werden die Reichsgesetze durch die Landesbehörden ausgeführt, soweit nicht die Reichsgesetze anderes bestimmen. Da ein überweisendes Reichsgesetz nicht besteht und auch kein besonderes Ausführungsbestimmungen des Reiches auf Grund des § 101 des Betriebsvertrages nicht ergangen sind, haben die nach der allgemeinen Verwaltungsorganisation der Länder nach dem Reichsgesetzgebungsorgan (Landesrat) Landesbehörden (Landesverwaltungsbehörden) für Berlin der Polizeipräsident, die Ausführung dieses Gesetzes zu überwachen und gegebenenfalls mit den gesetzlichen Zwangsmitteln auszuführen, was der zwingenden Bestimmung des § 1 des BVerf. Geltung verschafft wird. Dieser Befehl ist endgültig. Es gibt überall solche Arbeitsverträge. Dieser Befehl des Ministers mag manchen zur Warnung dienen. Es ist an der Zeit, daß den Arbeitern nicht wichtige Rechte aus dem Arbeitsvertragsrecht deswegen verloren gehen oder geschmälert oder entfernt werden, weil der Arbeitgeber in seinem Betrieb keinen Betriebsrat aufstellt.

### Kreis Halberstadt.

Derenburg, 6. Februar. (Kassensperrebestimmungen v. e. i. n.) Die Bildhauer-Vereinigung der Ostpreußen-Halberstadt des Kassensperrebestimmungen am Sonntag im Osthalt zum „Reinen Adler“ hat bei den Besuchern guten Anklang gefunden. Herr Zorn schickte der Vorführung einen einleitenden Vortrag über Wesen und Ziele der Kassensperre voraus und betonte u. a., daß mit dem zunehmenden Umfange des Kassensperrebestimmungen auch die Kassensperrebestimmungen bei den Besatzungen verschwinden würden. Das heutzutage ein Schritt vorwärts. Im letzten Teil seiner Ausführungen ließ Zorn noch auf die Bestimmungen des Vereins ein, zu dessen Gründung die Vereinigung der ersten Berliner Krematorien die Veranlassung gegeben habe. Für Zornung nimmt Rechenmengen entgegen: Bürgermeister a. D. Wegner.

### Aus Wehrstedt.

(Schreibervereinigung.) Am 4. Februar fand im Lokal Raabe eine Mitgliederversammlung des Schreibervereins „Wehrstedt“ statt. Nach einigen Begrüßungsworten des Vorsitzenden, teilte er gefällige Mitteilungen mit. Durch die Stimmabgabe in letzter Zeit machte sich die Besetzung von rund 100 Stellen notwendig. Ferner wurde mitgeteilt, daß der Postdirektor, welcher bisher Vierteljahrs 5 Mark bezog, jetzt 6 RM. beträgt. Ueber die Ausbildung, Bodenbearbeitung und Spählingbestimmung sprach dann sehr interessanter Schriftführer Bach und erstere hielten Vorträge. Zur Verfügung der Mühe, Erdräten und Raumwärme sollen mehrere hundert Bänderarbeiten beauftragt werden. Wie im Vorjahre, wird auch in diesem Jahre der Verein seinen Dingen und Sozialerfolge fördern. Die Einzelmitglieder hierzu liegen demnächst im Lokal Raabe aus. Ferner wurde benannt, daß bei den allgemeinen Gartenarbeiten, welche demnächst wieder beginnen, zu wenig Arbeitskräfte vorhanden sind. Der Gartenausbau wird für nächste folgen.

### Aus Eichersleben.

(Eine romantische Reise an den Rhein.) Am Donnerstag, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr in der Aula des Reform-Vereins in einem Bildhauer-Vortrag für die arbeitende Jugend der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei veranstaltet. Der Eintritt selbst ist frei. Jeder Zugewandte muß hierzu erscheinen. Eintritt müssen auch die Gesoninnen und Besonnen kommen.

(SPD.) Mittwoch, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr im Stadtpark. Mitgliederversammlung. Gen. Krebs erstattet Bericht über die Stadtratsarbeiten. Ferner werden die ersten Vorbereitungen für die Wahlen getroffen. Ergeben aller Mitglieder ist Pflicht.

### Aus Quedlinburg.

(„Der wirft den ersten Stein.“) Bereits die 5. Aufführung dieses Stückes, veranstaltet von den Arbeiter-Comittees, fand am Sonntag, den 4. Februar statt. Auch diesmal war sehr starker Besuch zu verzeichnen. Nicht unwürdig die Aufführung. In einleitenden Worten sprach der Redner, Dr. Fiedler über die Beschäftigtenfrage. Er warnte vor Kuriositäten und sprach über die Bestimmung dieser Krankheit. Alsdann begann die Aufführung. Am Schluss wurde ein Gedicht im Reine von einer Dichterin vorgelesen. Es hat Ursprung bekommen und wird zu Frau und Kindern gehen. Nach Ende des Stückes sah man ihn wieder zu Hause bei Weib und Kind. Doch das erste Glück schied. Nachdem er seine Frau beim Urarm angesetzt und diese nichts gegen die Krankheit unternommen hat, hat sie jetzt unter fortwährenden Leiden und körperlichen Qualen zu liegen. Sie bildet ihren Mann, ist doch von den Kindern durch den Tod zu verlassen. Der Mann erliegt schließlich seine Frau. Vor Gericht offenbart sich kein Zeugnis. Die Aufführung hat sicher viel zur Aufklärung beigetragen.

(Kungsgaststätten.) Wir beteiligen uns am Mittwoch abend am Kurhus des Diszasschusses der freien Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus. Am Sonntagabend müssen alle zur Redemeyer-Versammlung erscheinen.

(Krisen-Feindfreunde.) Am Donnerstag müssen alle Kinder um 6 Uhr am Hofplatz sein. Wir gehen wieder zum Gewerkschaftshaus.

(Diszasschuss der freien Gewerkschaften.) Am Mittwoch abend 8 Uhr ist der nächste Kurhusabend im Gewerkschaftshaus. Stadtrat Prof. Köhler spricht weiter über die Spruchprognose im Arbeitsvermittlung- und Arbeitslosenversicherungsgesetz.

(SPD-Frauengruppe.) Am Mittwoch, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus unsere nächste Zusammenkunft statt. Gen. Vornhagen spricht über „Frauengruppe u. Hausfrauenvereine“. Außerdem werden Gesoninnen aus der Gruppe anwesend sein. Wichtiges Gelingen ist erforderlich.

(Baugewerksbund.) Morgen, Mittwoch abend 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine fällige Monatsversammlung statt. Das Erscheinen aller Kollegen ist erwünscht. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

### Kreis Quedlinburg.

Neinlich, 6. Februar. (Kette Autoinsassen.) Wie erst jetzt bekannt wird, kam am letzten Sonntag die in der Steuertrache wohnende Frau M. nachmittags gegen 4 Uhr die Sauerberg Chaussee entlang. Hinterwegs ging ihr Weg von den Schottern, aber doch sie merkte. Alles Zufall war vergeblich. Vor einem Augenblick merkten sich nun Personen, die gehen haben, daß während einige Meter im Auto die Chaussee polierte. Aus demselben flog, einige hundert Meter vom Hofanhang entfernt, eine Dame, nahm etwas auf und stieg wieder ein. Es besteht der feste Verdacht, daß der Weg gefunden und mitgenommen wurde. Da derselbe bis heute im bürgerlichen Gemeinwesen nicht abgeklärt wurde, ist wohl anzunehmen, daß der Fund in der nächsten Woche. Wer jagdliche Angaben machen kann, wird gebeten, dies unzerlegt zu tun.

### Das Volkshaus Sachsen-Anhalt.

Das Volkshaus Sachsen-Anhalt trat am 1. Februar mit seinen Vorführungen in den Dienst der sozialistisch-gesamten Bevölkerung. Es soll besonders in allen Landorten verstanden werden, Filme zu zeigen, die für die wertvolle Bevölkerung eine Belebung bringen. Die Reaktion mit ihren ungeheuren Geldmitteln hat in der letzten Zeit sich eine ganze Reihe von Autos mit Filmapparaten angeeignet zu dem bürgerlichen Zweck, Wahlpropaganda in kleiner oder größerer Form zu machen. Aus unsrem Bezirk liegen Mitteilungen vor, nach denen die „Dewal“ verurteilt in den einzelnen Gemeinden Kinovorstellungen zu treffen. Wir zweifeln nicht daran, daß der Erfolg im Regierungsbezirk Magdeburg nicht größer sein wird als im Hallischen Bezirk. Die wertvolle Bevölkerung trieb die Reaktion nicht auf den Leim. Sie hält ihre Zäpfchen zu und gibt ihr Geld für nutzlosere Zwecke aus.

Unser Kampf gegen die „Dewal“ und andere Unternehmungen darf aber nicht nur negativ sein. Der Film und das Lichtbild bieten uns Aufführungsmöglichkeiten, die bisher von der republikanischen Bevölkerung nicht genügend beachtet worden sind. Das muß und soll jetzt anders werden.

In den letzten Tagen und Quedlinburg werden ab 1. Februar Tag für Tag Vorführungen des Volkshaus Sachsen-Anhalt stattfinden. Die vorgeführten Filmstreifen haben vor allem bildende und erzieherischen Wert. Als Hauptfilm wird „Der Kreuzzug des Weibes“ gezeigt, ein Filmstreifen, der die Propaganda gegen den mörderischen § 218 des Strafgesetzbuches unterstützt und die Befreiungsbestrebungen der Frauen fördern soll. Daneben werden der Kulturfilm „Lustige Hygiene“, die Volkswirtschaft und einige kleine Filme aus dem Gebiete der Arbeiterunternehmungen gezeigt. In allen Veranstaltungen sprechen wir den politischen Fortschritt seitens Deutschlands durch den sozialistischen Kampf zur Beweiskraft. Auch für musikalische Unterhaltung ist gesorgt. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Er ist äußerst niedrig gehalten und deckt die entstehenden Unkosten kaum.

Am den Vor- und Nachmittagen sollen Kinderveranstaltungen getroffen werden mit einem vollkommen neutralen und erzieherisch einwandfreien Programm. Als Hauptfilm wird gezeigt „Die Kinderrepublik Gotland“, der Film der Kinderfreunde, die im vergangenen Jahre bei Kiel eine mehrwöchige Zusammenkunft in einem Festlager hatten, dazu die Kinderveranstaltungen betrug 20 Hk.

Wir erliegen die republikanische Bevölkerung, die Filmveranstaltungen des Volkshaus Sachsen-Anhalt zu besuchen und im Kreise der Bekannten für den Besuch zu werden.

Beiratsbildungsaussch. S. A. Crummenel.

### Provinz und Nachbarstaaten.

#### Die Straßenbauverwaltung des Provinzialverbandes.

Der Denkschrift zum Haushaltsjahr 1928, der dem in dieser Woche zusammen tretenden Provinziallandtag zur Beschlußfassung vorliegt, entnehmen wir folgenden Abschnitt über die Straßenbauverwaltung:

Die Ausgaben für die laufende Unterhaltung der Provinzialstraßen, die mehr oder weniger zwangsweise sind, sind zu 1.000.000 RM. veranschlagt. Die Zahl der umzuweisenden Sozialisten mußte von 12 im Jahre 1927 auf 5 im Jahre 1928 verringert werden. Die Kosten werden 165.000 RM. betragen. Da neben ist noch ein Betrag von 200.000 RM. vorgesehen, der für den bringend notwendigen Umbau der Seitenränder und der Straßenbrücke am Übergang von Kreiswegen verordnet werden soll. Ein Kostenanschlag liegt nicht vor, da die Ausgestaltung von der Bewilligung des Eiser-Sozial-Komitees abhängt. Auch die Erneuerung der Großpflasterstraßen ist auf ein geringes Maß beschränkt (rd. 400.000 RM.). Es ist zwar vorgesehen, daß zahlreiche Städte und Dörfer sich in einem schlechten Zustande befinden. Da die Gefahr des städtischen städtischen Zusammenbruchs hier oder nicht vorliegt, und die Dörferstädte bei den vorgeschriebenen langsame Fortschritts nicht allzuweit empfinden werden, läßt sich eine gewisse Zurückhaltung noch rechtfertigen. Für die Umwandlung von Kiesbahnen in Steinpflasterstraßen können leider nur 100.000 RM. eingesetzt werden. Mit diesem Betrage soll westlich von Ullenburg ein Teil der bei schlechtem Wetter unbenutzbaren und für Volkstrassen ständig gefährdeten Riesestraße mit Steinpflaster befestigt werden. Das umzuweisende Stück bildet einen Teil der Straße Halle-Delitzsch-Ullenburg-Torgau, deren hinfälliger Ausbau im Jahre 1927 begonnen ist, um den Osten der Provinz an Stelle anzuschließen. Wärferegebundene Deden werden nur in einer Länge von 6.652 km (80.000 RM.) ausgestellt werden, und zwar nur in den

Streifen Gießerstraße und Schloßungen, wo die Baustoffe in unmittelbarer Nähe gewonnen werden können. Erfolgreich stellt erfordert die Erneuerung der Oberflächenbehandlung (377 Kilometer für 1.018.000 RM.). Zu behalten sind die früher auf mangelnde Bedienung aufgetragene Oberflächentierungen und die Oberflächen der Zerrüttungsbedeckungen. Während die Ergänzungen je nach der Oberflächensituation erneuert werden müssen, wird die Zahl der Reparaturen bei den Straßenbauarbeiten nach Bildung einer genügenden Sperrhöhe abnehmen. Bei dem ungenügenden Verhältnis, welches zwischen der Länge der noch umzuweisenden Straßen und der Höhe der verfügbaren Mittel besteht, muß mit der Herabsetzung der in der Anlage verhältnismäßig billigen Straßentrassen fortgefahren werden, es wird also in Zukunft mit steigenden Ausgaben für Oberflächentierungen gerechnet werden müssen. Nach Abzug der vorerwähnten Kosten stehen für den hochwertigen Ausbau ungenügend befähigter Straßen noch 4.800.000 RM. zur Verfügung. Bei der Verteilung dieses Betrages ist versucht worden, einen Ausgleich zwischen dem Verkehrsbedürfnis und den Möglichkeiten auf die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Baumaßen zu finden. Der Straßenbau wünscht einen jähen Ausbau langer Strecken. Die Unterhaltungskosten und die Lebensdauer der verschiedenen Bauarten sind ihm im allgemeinen gleichgültig. Für die Verwaltung ist dagegen die Rentabilität einer neuen Herstellung von außerordentlicher Bedeutung. So könnte es zum Standpunkt des Kraftfahrers aus erwünscht sein, alle Straßen sofort mit Oberflächentierung zu versehen, welche in vielen Fällen seinem Bedürfnis voll entsprechen würden. Die Verwaltung möchte dagegen wissen, wann sie die Frage lediglich von der wirtschaftlichen Seite aus zu entscheiden hat, die Straßen mit Kleinpflaster, Asphaltstein oder einer anderen hochwertigen Herstellungsmasse auszuführen. Diesen verschiedenen Ansprüchen ist Rechnung getragen, soweit es der Zustand des Straßennetzes und die Möglichkeiten auf die Ausführungsmöglichkeit zulassen. Der Betrag von 4.800.000 RM. würde ausreichen, um bei Verwendung von Kleinpflaster etwa 65 Kilometer, bei Verwendung von Asphaltstein etwa 100 Kilometer Straßen umzubauen. Derartig geringe Straßenlängen würden dem Verkehrsbedürfnis aber in keiner Weise Rechnung tragen. Es ist daher beschloffen, zwar einen Teil des Mittels für Baumaßen mit länger Lebensdauer (22,7 Kilometer Kleinpflaster und 14,08 Kilometer Asphaltstein) mit einem Kostenaufwand von 1.698.000 RM. bzw. 715.000 RM.) zu verwenden, für den Restbetrag von 2.890.000 RM. aber rund 121 Kilometer Straßentierentafeln auszuführen, so daß im ganzen rund 158 Kilometer Straßen neu befestigt werden. Der Asphaltstein soll auf dem von Magdeburg nach Norden und nach Nordosten nach Osten und Westen führenden Ausfallstraßen verwendet werden. Die Kleinpflasterstraßen sind 8 Landesbauämter verteilt. Die Herabsetzung der Oberflächenbehandlung und der Zerrüttungsbedeckungen erfolgt in eigener Regie, nachdem die im Jahre 1927 im großen Maßstab unternommenen Vorläufe besser geglückt sind, als angenommen werden konnte.

Bad Harzburg, 6. Februar. (Einen sehr lieben Scherz) erlaubt sich jemand auf der Straße Bismarck-Straße, ein Berliner Kolonnenbesuch bestand sich gegen 10 Uhr nach Eröffnung seiner Geschäfte in Bettingerode im Auto auf dem Wege nach Bettingerode. Nach kurzem der Wald erreicht, wurde das Auto gehalten, da ein Baumstamm quer über die Straße gelegt war. Die Insassen des Autos drückten wohl zuerst an einen beschleunigten Überfall und hielten zur Sicherheit erst umhauen, bevor sie das Hindernis beseitigten. Da niemand mehr in der Nähe war, mußte es sich wohl um einen Dummengünstigen handeln, der leicht Unheil selbst anrichten konnte.

Bad Harzburg, 6. Februar. (Flügelverehr.) Der am 28. April 1928 in Berlin stattete Sommerfest der Deutschen Jugendhilfe sieht die Gründung eines besonderen Flügelvereins vor. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen wird im kommenden Sommer ein intensiver Vortragslehre von der Deutschen Jugendhilfe eingerichtet, der sich auch auf den Harz erstreckt. So sollen Hildesheim, Goslar, Bettingerode und Quedlinburg berücksichtigt werden. Als Flugboten für Harzburg soll auch offiziell in allen Vorhöfen usw. Goslar fungieren. Nach Harzburg über Goslar, werden sehr günstige Flügelverbindungen bestehen.

Scherte, 6. Februar. (Motorräder auf Rufen.) Motorräder mit Schneefahrern, das ist jetzt das Neueste, was auf den Gebirgsstraßen des Harzes zu sehen ist. Ein erfindungsreicher Kopf, der ebenfalls das Glatteis auf den Straßen irritiert oder gefährlich hält, brachte zuerst rechts und links seines Kraftschiffes Schneefahrer an, ähnlich wie in einem Aussegerwagen. Andere machten diesen praktischen Versuch nach und fanden im alten Tempo, trotz der Glätte, ungefährdet dahin.

Wolfsenitz, 6. Februar. (Ein schwerer Unglücksfall) ereignete sich im Steinbruch der Firma Bürgerbus hierorts. Der Arbeiter Karl Rumpf jun. aus dem benachbarten Brandersode wurde von einem abziehenden Felsblock getroffen und ungefähr drei Meter mit in die Tiefe gerissen. Schwer verletzt wurde er von seinen Kameraden in die Gabeln getragen. Der beiseitegerene Karl Dr. Weber aus Wolfenitz stellte einen doppelten Strand des linken Armes und einer Schlüsselbein des linken Beins fest, so daß der Knochen hoch lag. Ferner hatte der Verunglückte seiner Verletzungen am Kopf, so daß die Überführung in das Krankenhaus angeordnet werden mußte.

Geln, 6. Februar. (Schwer verunglückt) ist in Wiedenborj bei dem Sandwirth Kührer der ehemalige russische Kriegsangehörige und Soldatführer Zitto. Er war beim Raststätten beauftragt, was in einer Tonne gelagert. An dieser Stelle lag wohl explosive Gase gebildet haben, denn als Zitto die Walle im Hof verurteilte, erfolgte plötzlich ein explosionsartiges Emporwachen der Raststätte und Zitto infolgedessen das Gesicht, so daß für beide Augen große Verletzungen bestanden. Der Verunglückte wurde sofort nach Magdeburg ins Krankenhaus überführt.

Nordhausen, 6. Februar. (Gasvergiftung.) Beim Umlegen der Gesteinung in dem herrschaftlichen „Haus der Jugend“ wurden zwei Arbeiter und ein Angehöriger von ausströmenden Gasen überfallen. Alle drei fielen ohnmächtig zu Boden; dabei stürzte der Arbeiter Schmöderberg, der auf einer Leiter stand, herunter, unglücklich, daß er sich eine erhebliche Kopfverletzung zuzog. Durch künstliche Atmung konnten alle drei Verunglückten gerettet werden.

Magdeburg, 6. Febr. (Ein Fall für den verurteilt) Freilich übergeben die Magdeburger Kriminalpolizei, einem mehrmals verurteilten Hallenbesitzer Kaufmann wegen falschmünzger zu verurteilen. Der Falschmünzer hatte bei verschiedenen Groveleranstalten Material in der Form von Geldstücken bestellt, die er angeblich zur Scheinnotenherstellung brauchte. Schließlich erlaubte sich eine der Firmen bei der Wänschen Münze in Berlin, die mittelste, es handelte sich um einen Vorstoß gegen das Wänschen. Als die Kriminalpolizei darauf den Verdächtigen beobachtete, wurde festgestellt, daß ein „Scheinnotenfabrikation“ nicht die Rede sein konnte. Der Falschmünzer hatte die Herstellung von Zerschnitten nach nicht aufgegeben, was wegen der Vorfälleungen dazu beizubehalten. Er ist gefällig.



# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

**Verkaufspreis** halbmöndlich 1 Mark einschließlich Bringenlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Gehalten werden in der Geschäftsstelle, am nächsten Vater und Agenturen entgegen- genommen. Abnahme u. Druckerei: Halberstadt, Dampflag 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. M. E. S. Verantw. für Inhalt u. Wirtschaft: Arthur Wollenbaur, für den übrigen Teil: Richard Wuttke, für Name u. Inhalte: Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Beilagszeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Anzeigen in der bei Jahrlang vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dampflag 48 (Fernruf Nr. 2314), Hoffmanns-Platz Wernigerode 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 33.

Mittwoch, 8. Februar 1928.

3. Jahrgang.

## Der Völkerbund bleibt in Genf.

Die Veröffentlichung eines Artikels in der Pariser Zeitung „Ceclior“ in dem für die Verlegung des Völkerbundes in Genf nach Wien Stimmung gemacht wird, hat in einem Teil der deutschen Presse ungerechte Kommentare ausgelöst. Man erfährt in diesem Artikel eine „französische Propaganda gegen den Anschluss“, weil von dem Augenblick an, wo Ceclior den Sitz des Völkerbundes beherbergen würde, der Neutralitätscharakter des Landes automatisch und auf unabsehbare Zeit kontaminiert wäre.

Diese Aufregung steht in keinem Verhältnis zu dem wirklichen Zustand. Die Wahrheit ist, daß einige angelegentlich Journalisten vor längerer Zeit einen Vorschlag im Sinne der Verlegung des Völkerbundessekretariats von Genf nach Wien in Betracht haben, nicht etwa, um dunklen, bodenpolitischen Zielen zu dienen, sondern lediglich, um sich Stoff für sensationelle Reportageartikel zu verschaffen. Der Vater der Idee ist ein Amerikaner, White Williams, derzeitiger Vorsitzender der Vereinigung der Völkerbundjournalisten, der sich in Genf langweilt. Er hat vor Jahresfrist Wien kennen gelernt und war von der Donauluft, ihrer Lage, ihrem Aussehen, ihrem Leben und Treiben bei Tag und bei Nacht begeistert. Von diesem Augenblick an legte er sich in seinem Kopf, den „New York Times“, vor dem Gedanken, der Verlegung mächtig ins Zeug. Diese in seinem Kopf entstandene Idee für ihn auch zugleich den Vorwand für eine ganze Anzahl von Interviews mit österreichischen Persönlichkeiten für eine Frage: Wie denken Sie über Wien als Völkerbundsstadt?

Da Mr. Williams ein unter den Vertretern der internationalen Presse sehr beliebter Kollege ist und da er nicht der einzige Journalist ist, der sich in der großen Stadt langweilt, ist es ihm gelungen, verschiedene Briefverträge für seinen Vorschlag zu unterzeichnen. Der Hauptpolitzer des „Ceclior“, der zugleich Vertreter der anglo-amerikanischen Nachrichtenagentur „Geograph Telegraph“ ist, hat nun den Gedanken Williams zum Gegenstand eines Artikels gemacht. Da aber dieser franko-englische Journalist ein Bureau vertritt, teineswegs deutschstämmiger Mann ist,

hat er ausdrücklich unterstrichen, daß der Plan gar nicht gegen den Gedanken des Anschlusses gerichtet sei. Gerade das aber macht die deutschsprachige Presse mißtraulich und schon wird von ihr gegen diese „neue französische Intrige“ Alarm geschlagen.

In Wirklichkeit ist die ganze Angelegenheit schon deshalb nicht ernst zu nehmen, weil außer den betreffenden Journalisten und einigen Beamten des Sekretariats, denen die Wiener Wädel mit Recht sympathisch sind als die Genferinnen, niemand ernsthaft die Verlegung wünscht. Chamberlain denkt nicht daran, die von ihm ohnehin als lästig empfundene viermonatige Reise im Jahr zum Völkerbundsamt um einige 15 Stunden zu verlängern; Briand ist froh, daß Genf nur 10 Stunden von Paris entfernt ist und über Nacht erreicht werden kann; Stresemann wird sich hüten, ein neues überflüssiges Hindernis gegen den Anschluß mutwillig aufzurichten; Sialoja würde sich im roten Wien als Vertreter der tschechischen Regierung nicht übermäßig wohl fühlen — kurz, alle maßgebenden Staatsmänner sind sich darin einig, an Genf festzuhalten. Außerdem wird demnach die Entscheidung über den Entwurf eines neuen Völkerbundsstatuts am Vier des Gesandten Sees fallen und mit dieser Millionenaussage wird zugleich das Problem, ob Genf oder Wien, endgültig gelöst sein, (sofern es überhaupt jemals ein solches Problem gegeben hat.) Dann wird auch Mr. White Williams sich nach einem anderen Stoff für seine Sensationsreportagen umsehen müssen.

### Dementi des Völkerbundes.

Berlin, 7. Februar. (Hf.) Das Völkerbundssekretariat hat, wie uns aus Genf gemeldet wird, am Montagabend alle Meldungen bemerken lassen, denen zufolge irgend ein greifbarer Plan, der sich auf die Verlegung des Völkerbundes nach Wien bezieht, an zuftändiger Stelle bekannt wäre.

## Das Ende eines Märchens.

### Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitslosigkeit.

In den letzten Wochen sind in der Reichspresse, vor allem in den Organen des Landbundes, ungedeckte Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung gerichtet worden! Man erklärte den Sprung der Arbeitslosenziffern während des letzten Winters kurzzeitig mit dem Beginn der Bedürftigkeitsprüfung. Richtig ist, daß vor allem in den ländlichen Bezirken eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen ist. Wenn auch die amtlichen Stellen in den letzten Tagen in einer hitzigen Verlautbarung als eine Ursache für die Zunahme den Bericht auf die Bedürftigkeit als Voraussetzung für die Unterstützung bezeichnet haben, so muß demgegenüber auf Grund einer inzwischen erfolgten genaueren Nachprüfung der Zahlen daran festgehalten werden, daß in die wesenlichen Ursachen der sprunghaften Steigerung der Unterstützungsstellen der Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung nicht mit eingerechnet werden kann. Zu diesem Resultat kommt auch eine Darstellung, die jedoch im Reichsarbeitsblatt Nr. 4 vom 1. Februar 1928, nichtamtlicher Teil veröffentlicht wird.

Aus der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung geht hervor, daß bei vorläufiger Schätzung die Zahl der Fälle, in denen Unterstützungsbedarf mangels vorliegender Bedürftigkeit abgelehnt wurden, mit 5 Prozent der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger angenommen worden ist. Wenn man von der durchschnittlichen Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der bisherigen Erwerbslosenversicherung, zum Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 mit rund 0,9 Millionen Personen ausgeht, dann bedeutet, so wird in der Darstellung des Reichsarbeitsblattes hervorgehoben, die vorerwähnten 5 Prozent, eine Zahl von 45.000 Personen, mit deren Mehrerhebung in die Unterstützung zu rechnen war. Daß diese Zahl an der Jahresende 1927-28 sich in diesem Rahmen gehalten hat, ergibt sich aus den Erhebungen. Danach sind in den 13 Landarbeitsamtsbezirken die zu und Abnahme der Hauptunterstützungsempfänger in Orten mit weniger als mehr als 10.000 Einwohnern zusammengefaßt worden. Wenn man auch die nach der Einkommensart geschiedenen Unterstützungsstellen nicht vollkommen mit den statistischen Begriffen „Stadt“ (mehr als 10.000 Einwohner) und „Land“ (weniger als 10.000 Einwohner) identifizieren kann, so kann man doch von der Annahme ausgehen, daß in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern der Arbeitsmarkt in größerem Umfang von Handel und Absatz für die Arbeitslosen mit weniger als 10.000 Einwohnern die Abhängigkeit von der Landwirtschaft vorherrschend ist. Während die Zahl der Ablehnungen wegen mangelnder Bedürftigkeit in den industriellen Bezirken sicherlich nur eine sehr geringe Rolle gespielt hat, ist im Gegensatz dazu die Bedeutung der Bedürftigkeitsprüfung in den landwirtschaftlichen Bezirken ohne Zweifel eine weitaus größere gewesen. Wenn man in den Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken die Entlastung während des Jahres 1927 betrachtet, so zeigt sich, daß sich Zunahmen von Unterstützten nur in den Landesarbeitsamtsbezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niederachsen ergeben, während die Unterstützungsstellen in Orten mit weniger als 10.000 Einwohnern

in den übrigen Landesarbeitsamtsbezirken mehr oder minder geringer sind als am 1. Januar 1927. In den 6 Bezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niederachsen beträgt nun die Zunahme wohl Orten mit weniger als 10.000 Einwohnern insgesamt rund 48.600 Personen.

Diese Differenz ist nicht aus der Darstellung der Arbeitslosen-



Bei der letzten Reichstagswahl ein Viertel aller für die Deutsche Volkspartei abgegebenen Stimmen aufgebracht hatte und jetzt für die Kandidatur Dr. Aufhäuser eingetreten ist, hat die Wahlkreisauswahlkommission am letzten Sonnabend verlesen, nachdem sein Antrag, die Kandidatenfrage von der Tagesordnung abzulehnen, abgelehnt wurde. Die Kandidaten sind also ohne Mitwirkung des Kreisverbandes benannt worden.

Mit anderen Worten: Reich und Aufhäuser! Aus seiner Kandidatur ist trotzdem nichts geworden.

## Schlecht geleimt.

### Die Differenzen im Zentrum.

Baden, 6. Febr. (Hf.) Am Sonntag wurde in Hamm im Westfalen der Parteitag für die westfälische Zentrumspartei abgehalten. Reichstagsminister Marx, der das Hauptreferat halten sollte, war durch Krankheit am Erscheinen verhindert. An seiner Stelle sprach Reichstagsminister Dr. Schreiber. Er deutete an, daß eine Einigung in der Schlußfrage nicht mehr zu Stande kommen werde und erklärte, daß die Regierungsrichtlinien, die bei der Bildung des Bürgerbunds aufgestellt worden seien, auch für jede kommende Koalition die Regierungsgrundlagen bilden würden. Am Mittelpunkt der Tagung stand eine Rede des Abgeordneten



Heinrich Imbuhl.

Er führte aus: „Wir haben erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei gehabt. Es handelt sich nicht um persönliche Gegensätze. Es handelt sich um weitgehende, fast alle Meinungsverschiedenheiten. Deshalb ist die Angelegenheit nicht mit einer leichten Erklärung aus der Welt zu schaffen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, die Wähler aufzuklären und offen in der Partei zu reden, denn schließlich sind die Wähler und nicht die Intranten in Berlin die wichtigsten Anstöße. Ich stelle ausdrücklich fest, die Differenzen sind noch nicht erledigt, sie lassen sich nicht erledigen durch schöne Erklärungen, dafür können sich die Arbeiter heute kein Pfund Brot kaufen. Meiner Auffassung nach hat die Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Dingen folgende Zuflüsse vertreten. Das gute Herz, welches man für die Beamten offenbart, sollte man auch für die Arbeiter haben. Es ist das Notwendigste, daß wir für jeden Arbeiter Arbeit und Brot schaffen. Die Partei hat die Pflicht, nach dem Stahten zu leben!“

„Zahlreiche Arbeitervertreter stimmten in einer Disziplin Imbuhl zu. Danach sprach Abg. Stegerwald, der ebenfalls sehr heftig die Haltung des Zentrums in der Frage der Arbeitslosenversicherung kritisierte und forderte, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung des Arbeiters verbessert werden müsse. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die westfälische Zentrumspartei einmütig auf den Boden der Entschließung stellt, die am 29. Januar in Berlin beschloß wurde. Sie erneuert sie in allen Teilen und erneuert das Bekenntnis zum heutigen Staat.“

Der Reim vom 29. Januar hat nicht lange gehalten, der Reim in der Zentrumspartei klafft auf neue. Die Zentrumspartei, die auf dem Parteitag der westfälischen Zentrumspartei erheblichen Einfluß hatten, haben das Manifest in ihrem Sinne aufgefaßt, im Sinne des Kampfes der christl. Arbeiter innerhalb des Zentrums. Selbstverständlich sind die Differenzen im Zentrum nicht erledigt. Große soziale Gegensätze lassen sich nicht durch Erklärungen aus der Welt schaffen. Die Regierung des Bürgerbunds hat das ihre getan, um die Meinungsverschiedenheiten zu verschärfen. Die Wirkung von einem Jahr Reichstagswahl läßt sich nicht aus der Welt schaffen, selbst wenn die Führer des Zentrums nicht fähig der benutzenden Welt überwinden, sich zu vertragen.

Die Dinge sind nicht mehr in ihrer Hand. Es sind stärkere Kräfte, die im Zentrum wirken, als geschickte Regierkräfte der Führer. Herr Marx ist zu wenig frei wie die Herren Stegerwald und Imbuhl. Es sind die sozialen Kräfte des Großbürgertums, der hohen Beamten, der politischen Räumler im Zentrum, die Herrn Marx nach rechts gezogen haben. Wenn Herr Stegerwald gegen Herrn Marx aufbegehrt, wenn Herr Imbuhl in fernerer Sprache offen herausragt, was ist, so werden sie vorwärts getrieben durch die täglich wachsende Erregung in den Reihen der Zentrumspartei. Herr Imbuhl würde, wenn er seinen Bericht letzten Sonntag wollte, das Manifest vom 29. Januar bei der Ausbreitung des goldenen Zeitalters, mit Wohlgefallen empfangen werden. Er muß dem Willen der Bergarbeiter Ausdruck verleihen, wenn er nicht die Verbindung mit ihnen verlieren will.

Die Reichstagsopposition des Zentrums hat ihre Macht, die auf Stimmen der christlichen Arbeiterwähler beruht, gebraucht, um die Interessen der Arbeiterklasse mitzuführen zu retten. Die Erschütterung, die sie damit in die Reihen der Zentrumspartei getragen hat, ist so gewaltig, daß die Arbeiter die Zentrumspartei nicht nur unter dem Gesichtspunkt des politischen Möglichen kritisch